



Unsere Forderungen zur Kommunalwahl 2026



Soziale Kommunen für alle

Von der Kita bis zum ambulanten Pflegedienst, von der Schulsozialarbeit bis zur Suchtberatung, vom betreuten Wohnen bis zur Unterbringung Geflüchteter – soziale Einrichtungen in den Kommunen sind die Keimzelle einer solidarischen Gesellschaft. Gerade in Krisenzeiten darf am Sozialen nicht gespart werden.

Wir alle brauchen für ein gutes Leben soziale Einrichtungen, Unterstützungsangebote und eine sozial-ökologische Wende, die alle mitnimmt. Egal, ob unsere Familie erst seit kurzem hier lebt oder schon seit Generationen. Egal, ob wir eine Behinderung haben oder nicht. Egal, ob wir von unserem Arbeitseinkommen leben können oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Egal, ob wir gerade erst geboren wurden oder schon fast am Ende unseres Lebens angekommen sind.

Eine gute soziale Infrastruktur hilft gegen den Fachkräftemangel: Die Busfahrerin kann nicht arbeiten, wenn sie für ihren hochbetagten Vater keinen Pflegeplatz findet. Der Altenpfleger muss zuhause bleiben, wenn der Kita-Platz für seine Tochter fehlt. Von einer passgenauen sozialen Unterstützung in allen Lebenslagen und in jedem Alter profitieren nicht nur die Menschen, sondern auch die Wirtschaft.

Eine gute soziale Infrastruktur in gemeinnütziger Trägerschaft ist auch ein Bollwerk zur Verteidigung der Demokratie. In einem politischen Diskurs, der weit nach rechts verschoben ist, stehen wir ein für unsere Werte, für Vielfalt, Offenheit und Toleranz.

Bei der Kommunalwahl im März 2026 wird über die Zukunft der sozialen Infrastruktur in den hessischen Städten, Gemeinden und Landkreisen entschieden. Als Paritätischer Wohlfahrtsverband wünschen wir uns demokratische Mehrheiten in den kommunalen Parlamenten, die eine gute soziale Infrastruktur, Klimaschutz und Klimaanpassung wertschätzen, fördern und ausbauen.

KOMMUNEN SCHAFFEN RÄUME.

- Kommunen investieren in bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum und verlängern die Sozialbindung bestehender Wohnungen. Wohnraumhilfen bauen sie auf und aus.
- Die Kommunen beteiligen sich auch nach Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes an der Finanzierung eines bedarfsgerechten Hilfesystems bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Die Kommunen tragen die Verantwortung dafür, dass von Gewalt betroffene Frauen vor Ort ausreichend Schutz- und Beratungsmöglichkeiten haben. Das Gleiche gilt für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*).
- Marginalisierte Menschen können in allen Kommunen in menschenwürdigen Notunterkünften unterkommen. In allen Mittel- und Großstädten werden Drogenkonsumräume, Gesundheitsversorgung und Sozialberatung für Suchtkranke angeboten.
- Geflüchtete leben in Wohnungen. Werden sie vorübergehend in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, gelten hessenweit verbindliche Mindeststandards für Räume, Ausstattung und Betreuung durch Sozialarbeiter*innen.
- Vereine, Selbsthilfegruppen und Gemeinwesenprojekte können unbürokratisch und kostenfrei kommunale Räume nutzen. Überall gibt es Stadtteil- und Jugendzentren, Nachbarschaftstreffs, Mehrgenerationenhäuser und inklusive Begegnungsorte.
- Sanitäreinrichtungen sind barrierefrei und kostenlos zugänglich. Dafür sorgt die „Toilette für alle“ mit Pflegeliege und das Konzept „nette Toilette“, bei dem Kommunen Betriebe unterstützen, die ihre WCs für die Allgemeinheit öffnen.

KOMMUNEN SCHAFFEN ZUGÄNGE.

- Öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Behörden und Ämter sind inklusiv, barrierefrei und für alle Menschen erreichbar und ansprechbar, unabhängig von sozialem Status, Deutsch- und Computerkenntnissen oder Behinderung. Trotz inklusiv gestalteter Digitalisierungsprozesse bleibt persönlicher Kontakt möglich. Die Kosten für Gebärden-, Schrift-, Lormen- und professionelle Sprach-Dolmetschungsdienste werden übernommen.
- Kommunale Verwaltungen arbeiten inklusiv und diversitätsorientiert. Ihre Mitarbeitenden werden dafür entsprechend geschult. Informationen stehen barrierefrei zur Verfügung
- Der öffentliche Nahverkehr ist auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar, ist barrierefrei und wird insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut. Verkehrs- und Sozialplanung arbeiten zusammen und berücksichtigen die Bedarfe aller Personengruppen.
- Kommunen sichern den Zugang zu medizinischen Leistungen wie beispielsweise einem sicheren Schwangerschaftsabbruch und die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen
- Benachteiligte und arbeitslose Menschen werden durch lokale Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme und -politik beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt.
- Geflüchtete mit Gestattung und Duldung sowie Arbeitgeber*innen erhalten eine behördenunabhängige Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung, um mehr Menschen in und durch den Arbeitsmarkt zu integrieren. (Wie z. B. das Wiesbadener Modellprojekt)
- Inklusive Freizeit-, Kultur- und Sportangebote werden ausgebaut und systematisch gefördert. Vereine werden dabei unterstützt, Angebote für Menschen mit Demenz und anderen kognitiven Einschränkungen zu entwickeln.

KOMMUNEN ENGAGIEREN SICH FÜR DEMOKRATIE UND TEILHABE.

- Städte und Gemeinden treten allen Formen von Diskriminierung sowie rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und antife-ministischen Haltungen entschieden entgegen. Sie schaffen unabhängige Beschwerdestellen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte einsetzen, werden dauerhaft und nicht nur projektbezogen gefördert.
- Alle Einwohner*innen sind in kommunale politische Entscheidungen eingebunden. Insbesondere für Migrant*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie für Menschen mit Behinderung werden die Möglichkeiten dafür gestärkt. In allen Landkreisen, Mittel- und Großstädten gibt es Beiräte oder Beauftragte für Menschen mit Behinderung. Selbstvertretungsorganisationen von Kindern und Jugendlichen werden in den Jugendhilfeausschüssen beteiligt.
- Kommunale Engagementstrukturen sind finanziell dauerhaft von den Kommunen abgesichert und werden unterstützt. Hinter dem Ehrenamt müssen hauptamtliche Strukturen stehen, z. B. in Freiwilligenagenturen sowie quartiersbezogener Gemeinwesenarbeit wie bspw. Nachbarschafts- und Familienzentren.
- Jungdliches Engagement wird gezielt gefördert, etwa durch Beteiligungsbudgets, Jugendforen oder Unterstützung von selbstverwalteten Projekten.
- Selbstvertretungen wie Selbsthilfegruppen und Migrant*innenselbstorganisationen werden gestärkt und unterstützt.
- Demokratieprojekte, politische Bildung und Beteiligung dürfen sich nicht auf urbane Räume konzentrieren. Auch abseits der Zentren brauchen engagierte Initiativen Schutz, Räume und Ressourcen.

KOMMUNEN SICHERN DIE SOZIALE INFRASTRUKTUR.

- Der Sozialhaushalt hat Priorität und wird nicht gekürzt. Soziale Angebote wie Mütterzentren und Familienbildungsstätten, Beratungsstrukturen, Pflege, Gewaltschutz, Nachbarschaftshilfevereine, Beschäftigungsprogramme und offene Kinder- und Jugendarbeit werden krisenfest abgesichert.
- Die kommunalisierten Landesmittel werden im jeweiligen Haushaltsjahr vollständig ausgeschöpft.
- Eine kommunale Sozialplanung unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege ist etabliert. Sie sorgt dafür, dass soziale Angebote bedarfsorientiert weiterentwickelt und finanziert werden.
- Gemeinnützige Träger agieren bedarfsgerecht, unabhängig und wertebasiert. Deshalb haben sie Vorrang vor kommerziellen Anbietern. Dafür sorgen gemeinnützigkeitsfreundliche Vergabeverfahren, gezielte Förderung und eine Anerkennungskultur.
- Die Jugendämter sind ausreichend finanziell, personell und digital ausgestattet, um das Kindeswohl zu gewährleisten und bedarfsgerechte Hilfsangebote anzubieten.
- Ganztagsbetreuung an Grundschulen wird aus der Perspektive der Kinder gedacht. Sie ist qualitativ hochwertig und inklusiv, die Betreuer*innen sind pädagogisch geschult.
- Die Kita-Landschaft ist durch unterschiedliche pädagogische Konzepte geprägt. Diese Vielfalt stärkt das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern. Chancenungleichheit in den Zugängen zur Kindertagesbetreuung wird abgebaut.

KOMMUNEN SCHÜTZEN MENSCH UND NATUR.

- Kommunen beziehen Träger sozialer Einrichtungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten ein. Denn diese kennen die Bedarfe vulnerabler Gruppen.
- Auf dem Weg zur umweltgerechten Stadt und bei der Anpassung an den Klimawandel werden sozio-ökonomische Faktoren berücksichtigt. Ärmere Viertel werden bei der Planung der Maßnahmen priorisiert.
- Bei der Katastrophenschutzplanung wird die Freie Wohlfahrtspflege beteiligt. Kitas, besondere Wohnformen und andere soziale Einrichtungen gehören zur kritischen Infrastruktur und sind auf Extremwetterereignisse vorbereitet.
- Gemeinnützige soziale Einrichtungen werden von den Kommunen durch Investitionsförderung bei Klimaschutz, CO₂-Reduktion und Klimaanpassung unterstützt.
- Bei energetischer Sanierung, Begrünung und Nutzung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen liegt die Priorität auf kommunalen Gebäuden, die für soziale Zwecke und von Bildungseinrichtungen genutzt werden.
- Die Kommunen stärken ihre Resilienz gegen gesundheitsgefährdende Auswirkungen des Klimawandels, wie Hitze, UV-Belastung, schlechte Luftqualität, Wassermangel und neue Infektionskrankheiten durch Zoonosen.

KOMMUNEN FÖRDERN DIE GESUNDHEIT.

- Die kommunale Gesundheitsplanung ist verbindlich, transparent und sozial gerecht gestaltet. Regelmäßig finden Gesundheitskonferenzen statt und es werden Gesundheitsberichte erstellt, um gezielt Ungleichheiten in den Blick zu nehmen.
- Die gesundheitliche Beratung und Versorgung in ländlichen Regionen wird unter anderem durch wohnortnahe kommunale medizinische Versorgungszentren und Pflegestützpunkte sichergestellt. Es gibt ausreichend Arztpraxen, die alle Fachrichtungen abdecken und barrierefrei erreichbar sind. Eine flächendeckende kinderhausärztliche Grundversorgung wird durch flankierende Maßnahmen und Anreize sichergestellt.
- Alle Kommunen erstellen eine Altenhilfeplanung und beziehen dabei Anbieter von professioneller Pflege, soziale Initiativen für ältere Menschen, Nachbarschaftshilfen aber auch Gewerbe und Vereine mit ein. Senior*innen werden von der offenen Altenhilfe begleitet.
- Psychosoziale Hilfen, sozialpsychiatrische Dienste und gemeindepsychiatrische Verbünde werden insgesamt deutlich ausgebaut, insbesondere Angebote für Kinder, Jugendliche und traumatisierte Menschen.
- Präventive Maßnahmen wie Bewegungsförderung, gesunde Ernährung, Suchtprävention und Aufklärung zur psychischen Gesundheit werden in Stadtteilen, Schulen, Familienzentren und Unterkünften gemeinsam mit Trägern, Initiativen und Ehrenamtlichen umgesetzt. Sexuelle Bildung an Schulen, insbesondere mit Blick auf sexualisierte Gewalt, leisten entsprechende Fachberatungsstellen flächendeckend.
- Die Gesundheitsversorgung für wohnungslose, nicht versicherte und marginalisierte Menschen ist in allen Kommunen gewährleistet.

IHRE ANSPRECHPERSONEN IN DER REGION.



Karola Günther

Regionalgeschäftsführerin Fulda
fulda@paritaet-hessen.org



Claudia Klee

Regionalgeschäftsführerin Gießen
giessen@paritaet-hessen.org



Heike Lange

Regionalgeschäftsführerin Wiesbaden
wiesbaden@paritaet-hessen.org



Sven Malsy

Abteilungsleitung Regional-
geschäftsstellen
Regionalgeschäftsführer Offenbach
offenbach@paritaet-hessen.org



Jörg Müller

Regionalgeschäftsführer Kassel
kassel@paritaet-hessen.org

Region Osthessen

Petersberger Straße 21
36037 Fulda
Telefon 0661 9019844

Region Rhein-Main-Ost

Berliner Straße 219
63067 Offenbach
Telefon 069 80106500

Region Südhessen

Poststraße 9
64293 Darmstadt
Telefon 06151 899262

Region Rhein-Main

Eschersheimer Landstraße 10
60322 Frankfurt/Main
Telefon 069 95526251

Region Rhein-Main-West

Bahnhofstraße 36
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3085664

Region Mittelhessen

Bahnhofstraße 61
35390 Gießen
Telefon 0641 9844450

Region Nordhessen

Treppenstraße 4
34117 Kassel
Telefon 0561 81644502



Dr. Erik Sparn-Wolf

Regionalgeschäftsführer Darmstadt
erik.sparn-wolf@paritaet-hessen.org



Franziska Zühlsdorff

Regionalgeschäftsführerin Frankfurt
frankfurt@paritaet-hessen.org





Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.
Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-0
E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org